

## **Beschlussvorlage Nr. 4**

**für die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 10. April 2018  
für die Sitzung der Gemeindevertretung am 17. April 2018**

### **Neufassung der Entschädigungssatzung**

Eine Regelung der Aufwandsentschädigung von ehrenamtlichen Beigeordneten, wenn diese den Bürgermeister dienstlich vertreten, ohne dass dieser krank oder in Urlaub war, ist nach der Kommunalwahl 2016 an die Gemeindeverwaltung herangetragen worden. Ein erster Vorschlag im Januar 2017 wurde zunächst zurückgestellt. Aufgrund des Regelungsbedarfes hat dann der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 24.07.2017 einem Verwaltungsvorschlag zugestimmt. Diese Regelung wurde auf Initiative der CDU-Fraktion durch das Schreiben der Kommunalaufsicht vom 24.11.2017, hier eingegangen am 01.12.2017, teilweise bemängelt, worauf der Gemeindevorstand in seiner Sitzung am 11.12.2017 den Beschluss vom 24.07.2017 aufgehoben hat. Gleichzeitig wurde der Hessische Städte- und Gemeindebund als juristischer Berater von Kommunen um Stellungnahme zu dem strittigen Thema gebeten. Die Stellungnahme vom 26.02.2018 ist Ihnen mit der Tischvorlage Nr. 6 am 27.02.2018 dem Haupt- und Finanzausschuss und am 06.03.2018 der Gemeindevertretung vorgelegt worden.

Nachdem die Empfehlung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes eingegangen ist, schlagen wir – unter Berücksichtigung der Mustersatzung des Hessischen Städte- und Gemeindebundes - eine Neufassung der Entschädigungssatzung vor. Dabei wurden redaktionelle Änderungen der Mustersatzung übernommen.

Im Wesentlichen werden folgende Punkte neu geregelt:

#### **1. Einleitung**

Die Einleitungsformel ist an die letzte Änderung der Hess. Gemeindeordnung angepasst worden.

#### **2. Verdienstausschlag**

Die Regelungen zum Verdienstausschlag wurden in § 1 Abs. 2 bis 3 ergänzt um die Erklärungen zu Hausfrauen und Hausmännern.

#### **3. Fahrtkosten**

Zur Klarstellung wird im § 2 Abs. 2 festgelegt, dass nur die Entfernung vom Wohnort zum Sitzungsort erstattungsfähig ist.

#### **4. Aufwandsentschädigungen**

- 4.1 In § 3 Abs. 1 wurde zur Klarstellung mit aufgenommen, dass eine Entschädigung auch dann fällig ist, wenn ein Mitglied aufgrund einer Ladung des Vorsitzenden eines anderen Gremiums, welchem der Ehrenamtliche nicht angehört, teilnimmt.

...

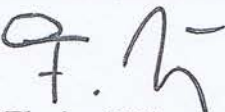


- 4.2 Die Vertretungsregelung bei Abwesenheit des Bürgermeisters (z. B. bei Urlaub oder Krankheit) wurde ergänzt. Es wurde eine Regelung für Beigeordnete eingefügt, die im dienstlichen Auftrag des Bürgermeisters die Belange der Gemeinde wahrnehmen, auch wenn dieser nicht außer Dienst ist, sondern durch andere Termine verhindert ist. Speziell diese Regelung wurde mit der Kommunalaufsicht des Landkreises Fulda abgestimmt.
- 4.3 Erhöht wurde die Entschädigung von Wahlausschüssen und Wahlvorständen von 16 auf 25 €. Dies entspricht der jetzigen Pauschale, die das Land für Mitglieder solcher Gremien bei staatlichen Wahlen erstattet.
- 4.4 Die Regelungen für die Ortsvorsteher wurden ebenfalls in Abs. 2 eingearbeitet.
- 4.5 Soweit dem Antrag zur Einrichtung ehrenamtlicher Seniorenbeauftragten (m/w) näher getreten worden ist, wäre auch für diesen Personenkreis in § 3 Abs. 1 eine Aufwandsentschädigung festzulegen.
5. Die Kommunalaufsicht des Landkreises Fulda wurde zu unserem Entwurf der Neufassung der Entschädigungssatzung um Stellungnahme gebeten. Zum Satzungsinhalt wurden keine Bedenken erhoben. Zur Einrichtung eines ehrenamtlichen Seniorenbeauftragten empfiehlt die Kommunalaufsicht, deren/dessen Entschädigung in der Entschädigungssatzung zu regeln. Über weitere Erkenntnisse verfügt die Kommunalaufsicht nicht, da bisher noch keine Kommune des Landkreises Fulda eine solche Stelle eingerichtet hat.
6. In-Kraft-Treten  
Die neue Satzung soll am Tage nach Vollendung der Bekanntmachung in den Kalbacher Nachrichten in Kraft treten. Eine Rückwirkung ist nicht vorgesehen.

Beschlussvorschlag:

Der Neufassung der Entschädigungssatzung nach dem vorgelegten Entwurf wird zugestimmt. Der Satzungsentwurf wird Bestandteil des Beschlusses.

Kalbach, den 4. April 2018



Florian Hölzer  
Bürgermeister

Anlagen

Satzungsentwurf



Entwurf nach dem

Entschädigungssatzungsmuster

- Januar 2017 -

Hessischer Städte- und Gemeindebund

Mühlheim am Main

## **ENTSCHÄDIGUNGSSATZUNG der Gemeinde Kalbach**

Aufgrund der §§ 5, 27 der Hessischen Gemeindeordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom 07.03.2005 (GVBl I S. 142) zuletzt geändert durch Gesetz vom 15.09.2016 (GVBl. S. 167) hat die Gemeindevertretung in Kalbach am 6. März 2018 folgende Entschädigungssatzung beschlossen:

### **§ 1 Verdienstausschlag**

- (1) Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, Mitglieder des Gemeindevorstandes, der Ortsbeiräte, des Ausländerbeirates und andere ehrenamtlich Tätige erhalten, wenn ihnen nachweisbar ein Verdienstausschlag entstehen kann, zur pauschalen Abgeltung ihrer Ansprüche einen Betrag von EURO 10 pro Sitzung oder Tätigkeit der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, des Ortsbeirates, des Ausländerbeirates oder des Gremiums, dem sie als Mitglied oder kraft Gesetzes, Satzung oder Geschäftsordnung angehören oder in das sie als Vertreterin oder Vertreter der Gemeinde entsandt worden sind. Den erforderlichen Nachweis der Möglichkeit der Entstehung eines Verdienstausschlages für Zeiten, in denen entschädigungspflichtige Sitzungen durchgeführt werden, haben die ehrenamtlich Tätigen zu Beginn der Wahlzeit der Gemeindevertretung gegenüber der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung zu führen. Sie sind verpflichtet, diesen Nachweis zu Beginn eines jeden Kalenderjahres erneut zu führen und spätere Änderungen unverzüglich anzuzeigen.
- (2) Hausfrauen und Hausmänner erhalten den Durchschnittssatz ohne Nachweis je Sitzung. Um den Durchschnittssatz zu erhalten, zeigen die Hausfrauen und Hausmänner ihre Tätigkeit zu Beginn der Wahlzeit der oder dem Vorsitzenden der Gemeindevertretung an. Im Übrigen gilt Abs. 1 S. 3 entsprechend.
- (3) Als Hausfrauen und Hausmänner im Sinne dieser Satzung gelten nur Personen ohne eigenes oder mit einem geringfügigen Einkommen aus stundenweiser Erwerbstätigkeit, die den ehelichen, eheähnlichen oder eigenen Hausstand führen.
- (4) Auf Antrag ist anstelle des Durchschnittssatzes nach Abs. 1 der tatsächlich entstandene und nachgewiesene Verdienstausschlag zu ersetzen. Das gilt auch für erforderliche Aufwendungen, die wegen Inanspruchnahme einer Ersatzkraft zur Betreuung von Kindern, Alten, Kranken und Behinderten entstehen.



## § 2 Fahrkosten

- (1) Ehrenamtlich Tätige haben Anspruch auf Ersatz ihrer tatsächlich entstandenen und nachgewiesenen Fahrkosten für die Teilnahme und unmittelbare Vorbereitung von Sitzungen der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, des Ortsbeirates, des Ausländerbeirates oder des Gremiums, dem sie als Mitglied oder kraft Gesetzes, Satzung oder Geschäftsordnung angehören oder in das sie als Vertreterin oder Vertreter der Gemeinde entsandt worden sind.

Bei Benutzung eines Kraftfahrzeuges bemisst sich der Ersatz der Fahrkosten nach den Sätzen des Hessischen Reisekostengesetzes für die Benutzung eines privaten Kraftfahrzeuges.

- (2) Erstattungsfähige Fahrkosten sind grundsätzlich die Kosten für Fahrten vom Wohnort zum Sitzungsort und zurück. Ist ausnahmsweise eine Anreise von einem anderen Ort als dem Wohnort erforderlich, werden die Fahrkosten nur ersetzt, soweit sie verhältnismäßig sind und die Notwendigkeit zur Teilnahme an der Sitzung bestand. Dies gilt auch für Fahrten zu anderen Veranstaltungen.

## § 3 Aufwandsentschädigungen

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten neben dem Ersatz des Verdienstaufalles und der Fahrkosten pro Sitzung der Gemeindevertretung, des Gemeindevorstandes, des Ortsbeirates, des Ausländerbeirates oder des Gremiums, dem sie als Mitglied oder kraft Gesetzes, Satzung oder Geschäftsordnung angehören oder in das sie als Vertreterin oder Vertreter der Gemeinde auf entsandt worden sind oder bei dem sie auf besondere Einladung des jeweiligen Vorsitzenden des Gremiums mitwirken, folgende Aufwandsentschädigung:

- Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter	EURO 12
- Ehrenamtliche Beigeordnete	EURO 12
- Mitglieder der Ortsbeiräte	EURO 12
- zu Beratungen der Ausschüsse zugezogene Vertreter von Bevölkerungsgruppen	EURO 12
- zu Beratungen der Ausschüsse zugezogene Sachverständige	EURO 12
- Mitglieder eines Kinder- und Jugendbeirates	EURO 12
- Gewählte Mitglieder der Betriebskommission	EURO 12
- Sachkundige Einwohnerinnen oder Einwohner einer Kommission	EURO 12



Vertritt ein ehrenamtlicher Beigeordneter den Bürgermeister oder ist die Hinzuziehung eines weiteren Beigeordneten zu einem Termin (z.B. Besuch bei Alters- und Ehejubiläen, Vereinsjubiläen, gesellschaftlichen Anlässen, Behördenterminen, Notartermine, öffentlichen Veranstaltungen, zu denen der Gemeindevorstand oder Bürgermeister eingeladen sind), so erhält er für jeden Tag, an dem er mindestens einen Termin wahrgenommen hat, eine Aufwandsentschädigung von **EURO 20**

Vertritt ein ehrenamtlicher Beigeordneter den Bürgermeister wegen Abwesenheit (z. B. urlaubs- oder krankheitsbedingt), so erhält er für jeden Kalendertag der Vertretung eine Aufwandsentschädigung in Höhe von **EURO 20**

Die Vertretung oder Hinzuziehung erfolgt in Absprache mit dem Bürgermeister.

Die Mitglieder des Wahlausschusses und der Wahlvorstände/Auszählungswahlvorstände bei Wahlen und Abstimmungen erhalten pro Tag ihrer Tätigkeit **EURO 25**

- (2) Die Aufwandsentschädigung nach Abs. 1 wird für den höheren Aufwand bei dem Wahrnehmen besonderer Funktionen um eine monatliche Pauschale erhöht. Diese beträgt für

- die oder den Vorsitzenden der Gemeindevertretung **EURO 26**
- Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses **EURO 15**
- Vorsitzende des Ausschusses für Bau- und Umweltwesen, Land- und Forstwirtschaft **EURO 10**
- Vorsitzende des Ausschusses für Familie, Sport und Kultur **EURO 8**
- Fraktionsvorsitzende gem. § 36a HGO **EURO 15**
- die oder den ehrenamtlichen Ersten Beigeordneten **EURO 20**
- Ortsvorsteher, denen auch die Leitung der Außenstelle der Gemeindeverwaltung übertragen ist,

<b>Ortsbezirk</b>	<b>für Tätigkeit als Verwaltungsaußenstellenleitung („nichtselbständige Arbeit“)</b>	<b>für ehrenamtliche Tätigkeit als Ortsvorsteher („sonstige selbständige Arbeit“)</b>
Eichenried	27,00 EURO	53,00 EURO
Heubach	70,00 EURO	139,00 EURO
Mittelkalbach		210,00 EURO
Niederkalbach	97,00 EURO	195,00 EURO
Oberkalbach	70,00 EURO	139,00 EURO
Uttrichshausen	78,00 EURO	155,00 EURO
Veitsteinbach	49,00 EURO	98,00 EURO

Der Anspruch auf die Pauschale entsteht am Beginn des Kalendermonates, in dem die ehrenamtlich Tätigen die besondere Funktion antreten. Er erlischt mit Ablauf des Kalendermonates, in dem sie aus der Funktion scheiden.



- (3) Nehmen ehrenamtlich Tätige mehrere Funktionen wahr, für die Anspruch auf Erhöhungen nach Abs. 2 besteht, so stehen ihnen die Erhöhungen für alle Funktionen zu.
- (4) Schriftführerinnen oder Schriftführer erhalten für jede Sitzung eine Aufwandsentschädigung von EURO 10

#### **§ 4 Fraktionssitzungen**

- (1) Ehrenamtlich Tätige erhalten für die Teilnahme an Fraktionssitzungen, soweit sie gem. § 36 a Abs. 1 HGO teilnahmeberechtigt sind, Ersatz des Verdienstaufalles, der Fahrkosten und Aufwandsentschädigung nach §§ 1, 2 und 3 Abs. 1.
- (2) Ersatzpflichtig sind nur die Fraktionssitzungen, die auch tatsächlich stattgefunden haben. Die Zahl der nach Abs. 1 ersatzpflichtigen Fraktionssitzungen wird auf je eine Sitzung vor der Gemeindevertretersitzung begrenzt; bei Haushaltsberatungen auf zwei Sitzungen.

#### **§ 5 Dienstreisen**

- (1) Bei Dienstreisen erhalten Gemeindevertreterinnen und Gemeindevertreter, Beigeordnete, Mitglieder der Ortsbeiräte, des Ausländerbeirates und sonstige ehrenamtlich Tätige Ersatz des Verdienstaufalles und der Fahrkosten nach §§ 1 und 2. Weitere Reisekosten sind nach dem Hessischen Reisekostengesetz zu erstatten.
- (2) Ein Anspruch auf Entschädigung besteht nur, wenn die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung die Dienstreise genehmigt hat. Die oder der Vorsitzende der Gemeindevertretung entscheidet über ihre oder seine Teilnahme selbst. In Zweifelsfällen hat sie oder er die Entscheidung der Gemeindevertretung anzurufen.  
Dienstreisen von Beigeordneten werden von der Bürgermeisterin oder dem Bürgermeister genehmigt. Die Bürgermeisterin oder der Bürgermeister entscheidet über ihre oder seine Teilnahme selbst.
- (3) Für die Teilnahme an Fortbildungsveranstaltungen im Zusammenhang mit der ehrenamtlichen Tätigkeit oder dem Mandat gilt Abs. 1 entsprechend. Die Genehmigung nach Abs. 2 kann nur versagt werden, wenn die Voraussetzungen des § 35 a Abs. 4 Satz 2 HGO nicht vorliegen.

#### **§ 6 Unübertragbarkeit, Unverzichtbarkeit, Antragsfrist**

- (1) Die Ansprüche auf die Entschädigungen nach §§ 1 bis 3 und 5 sind nicht übertragbar. Auf die Aufwandsentschädigung kann weder ganz noch teilweise verzichtet werden.

- (2) Die Entschädigungsleistungen sind innerhalb eines Jahres bei dem Gemeindevorstand schriftlich zu beantragen. Die Frist beginnt mit dem Tage nach dem Ende der Sitzung oder der Veranstaltung bzw. des Monats.

## **§ 7 In-Kraft-Treten**

Diese Satzung tritt am Tag nach Vollendung der Bekanntmachung in Kraft. Gleichzeitig tritt die bisherige Entschädigungssatzung der Gemeinde Kalbach in der Fassung der 4. Änderungssatzung vom 27. August 2013 außer Kraft.

Die Satzung wird hiermit ausgefertigt.

Kalbach, den

Florian Hölzer  
Bürgermeister